



Kirche und Arbeitslosigkeit

Beispiele der Parteinahme im Bereich der Vereinigten Kirchenkreise

Dortmund- Die Anfänge

Im November 1980 setzt die Verbandsvertretung als beschlußfassendes Organ der Vereinigten Kirchenkreise einen Arbeitskreis ein, der die Fragen der wirtschaftlichen Strukturentwicklung der Region bedenken und eine Handreichung für die Gemeinden erarbeiten soll.

Nachdem die Massenarbeitslosigkeit sich im Laufe der siebziger Jahre gesteigert hat und zu einem Dauerproblem geworden ist, werden die Fragen des Arbeitsplatzabbaus und der Dauerarbeitslosigkeit zunehmend als eine Herausforderung für die Kirche auch auf der lokalen Ebene empfunden.

Die Pläne der Standortkonzentration verbunden mit einem massiven Arbeitsplatzabbau bei dem damaligen deutsch-niederländischen Konzern ESTEL Hüttenwerke sowie der Anstieg auf über 22.000 gemeldeter arbeitsloser Frauen und Männer im Amtsbezirk Dortmund sind der unmittelbare Anlaß zur Einsetzung dieses Arbeitskreises aus Vertretern der Arbeitnehmerschaft, der Wirtschaft, der Arbeitsverwaltung und der Kirche.

Die Arbeitslosenquote von 8,1% wird von allen Teilnehmern als unannehmbar empfunden. Am Schluß der Ausarbeitung „Thesen zur Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsstruktur in Dortmund“ heißt es daher:

„Massenarbeitslosigkeit fordert von allen politisch Verantwortlichen und der Öffentlichkeit ein neues Denken und Handeln.

Die Vereinigten Kirchenkreise sehen es mit als ihre Aufgabe an, Raum für die Diskussion über die Bedeutung der Arbeit für das menschliche Leben und über die Ziele unserer Volkswirtschaft zu schaffen. Nach biblischem Verständnis kommt der Arbeit für die Lebenswirklichkeit der Menschen eine wichtige Bedeutung zu. Sie ist eine von Gott geschenkte Lebensmöglichkeit und Ausdruck der besonderen Verantwortung, in die der Schöpfer den Menschen gerufen hat. Kein Mensch darf von dieser Gabe und Aufgabe ausgeschlossen werden. Da Jesus Christus allen Menschen gleichermaßen Bruder geworden ist, kann einer Zweiteilung der Menschheit, in privilegierte Arbeitende und unterprivilegierte Arbeitslose, nicht wort- und tatenlos zugesehen werden.“ (Seite

8 des Textes; Originaldokument im Archiv des Verfassers.)

Innerhalb dieser regionalen Studie machen die Verfasser auf die Gefahr des weiteren Anstiegs der Massenarbeitslosigkeit durch ein errechenbares Arbeitsplatzdefizit von ca. 40.000 aufmerksam. Eine daraus zu schließende Arbeitslosenquote von über 15% für die Stadt Dortmund in den neunziger Jahren wagt man kaum auszusprechen.

Perspektiven werden in der Bereitstellung von Flächen für zukunftsorientierte Industrien wie in der Meß- und Regeltechnik, der Nachrichtentechnik und der Elektronik gesehen. Man verweist auf die Notwendigkeit der effektiven Energieausnutzung und die Möglichkeit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Bereich der Modernisierung alter Wohngebiete und im Umweltschutz.

Unter Punkt acht der Ausarbeitung wird die Frage nach der gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit aufgeworfen. Hier formuliert der Arbeitskreis:

„Die Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und/oder Lebensarbeitszeit sollte mit gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen Vereinbarungen verstärkt angestrebt werden. Ein Einstieg in solche Regelungen sollte bei Gruppen wie Schichtarbeitern und älteren Arbeitnehmern gemacht werden.“

Vorrangiges Ziel dabei sollte es sein, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

Das Defizit an Arbeitsplätzen drängt verstärkt die Frage auf, ob eine Wochenarbeitszeit, in der Regel von 40 Stunden, nicht zu starr ist.

Wenn Arbeit nicht nur Broterwerb sein soll, sondern ein bewußt gestalteter Teil des Lebens sein soll, dann muß dem einzelnen Arbeitnehmer die Möglichkeit einer flexiblen Gestaltung seiner Arbeit und seiner Arbeitszeit gegeben werden.

Die verstärkte Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen, auch im industriellen Bereich, sowie die Teilung eines Vollzeitarbeitsplatzes auf mehrere Arbeitnehmer (Job Sharing) wären sinnvolle Ansätze, die es auszubauen und sozial abzusichern gilt.“ (Seite 7: ebda.)

Neben diesen Überlegungen wird im Juni 1981 den Gemeinden in Dortmund und Lünen ein Diskussionspapier vorgelegt, das folgende Überschrift trägt: „Die Verantwortung der Kirchengemeinden gegenüber ihren Gemeindemitgliedern, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind.“ Der Vorstand der Vereinigten Kirchenkreise hat es zustimmend zur



Kirche und Arbeitslosigkeit

Kenntnis genommen und der Vorstandsvorsitzende Superintendent Hans - Martin Linnemann sendet es nun den Gemeinden und Gremien mit der Bitte um Beachtung, Diskussion und Stellungnahme.

Während es in der erstgenannten Ausarbeitung primär um die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche geht, ist nun hauptsächlich der von Arbeitslosigkeit betroffene Mensch, seine Familie und sein soziales Umfeld im Blick. So trifft man folgende Aussage:

„Arbeitslosigkeit wird von dem Betroffenen als persönliche und existentielle Krise erlebt. Er wird in seinem Selbstwertgefühl berührt, sieht sich in seiner Familienrolle und in seiner sozialen Umwelt in Frage gestellt; ihm fehlen Geld, Anerkennung, Zufriedenheit, Bestätigung und die Möglichkeit, an seinem Platz an der Gestaltung der Welt teilzunehmen. Arbeitslosigkeit wird häufig als Versagen durch eigene Schuld erlebt und auch von der Umwelt so gesehen. In dieser Situation hat es auch die Gemeinde schwer, mit Seelsorge und Diakonie zu den Arbeitslosen vorzudringen.

Die konkreten Hilfsmöglichkeiten sind gemessen am Bedarf gering.

Denn sollten die Möglichkeiten des Gesprächs und der Seelsorge nicht unterschätzt werden. Hier gilt es oft, den Arbeitslosen und seine Familie von dem Gefühl des „selbstverschuldeten Unglücks“ zu befreien.“ (Seite 1f; Originaldokument im Archiv des Verfassers.).

Die Gemeinden werden im weiteren angeregt, auf die Lebenssituationen Arbeitsloser einzugehen. Materiell zu helfen, wo es nötig und möglich ist, sowie über Freizeiten und Treffpunkte Begegnungs- und Gesprächsmöglichkeiten für die Betroffenen zu schaffen.

Zum Teil auf Initiative des Sozialreferates unter dem damaligen Referatsleiter Rolf Scheer kommt es dann in den Städten Dortmund, Lünen und Selm, die zum Verbandsgebiet der Vereinigten Kirchenkreise gehören, zu einem großen Fächer von unterschiedlichsten Aktivitäten.

In der Begegnungsstätte Frönsberg im nahegelegenen Sauerland werden Gesprächswochen durchge-



Abb. 50: Arbeitslosenzentrum Dortmund (Begegnung mit Arbeitslosen aus Leeds)



führt. In verschiedenen Gemeinden werden Arbeitslosentreffs als regelmäßige Treffpunkte eingerichtet, in denen man zusammenkommt, um sich auszutauschen und Rat und Hilfe vor allem im Umgang mit Ämtern und Behörden zu erfahren.

Kleinere regionale Arbeitsprojekte sind eine Fahrradwerkstatt in Dortmund-Scharnhorst, die „Neue Arbeit Tremonia“ mit einem Schreinerbetrieb oder die „Neue Arbeit Sölde“ mit einer Näh- und Kleiderstube.

In Dortmund-Hörde entsteht ab 1985 unter der Mitarbeit des Verfassers auf einem ehemaligen Betriebs- hof des Stadtreinigungsamtes der „Werk- und Begegnungszentrum Hörde e.V.“, der im Laufe der Jahre zu einem Stadtteilzentrum mit Schulungsräumen, einem Café, einer Holzwerkstatt, einer Theatergruppe und einer Musikwerkstatt wird. In gemeinsamer Verantwortung und Kooperation führen hier das Diakonische Werk, die Caritas, die Arbeiterwohlfahrt sowie verschiedene Institutionen und Einzelpersonen Gruppen- und Beratungsarbeit durch oder regen kulturelle und politische Aktivitäten im Stadtteil an. Mehr als 20.000 Menschen vornehmlich aus dem Dortmunder Süden besuchen dieses Zentrum im Laufe eines Jahres, wobei der Anteil derer, die arbeitslos und überschuldet sind, ständig zunimmt.

Das Arbeitslosenzentrum

Im Jahre 1983 wird unter der Federführung des Sozialreferates das Arbeitslosenzentrum Dortmund gegründet. Bewußt wird von Anfang an darauf verzichtet, dieses Zentrum allein als eine Einrichtung der Evangelischen Kirche zu sehen. Es kommt den Initiatoren darauf an, daß dieses Zentrum ein signifikantes Beispiel der gemeinsamen Verantwortung der gesellschaftlichen relevanten Gruppen dafür wird, wie man auf die Herausforderungen der Arbeitslosigkeit reagieren kann.

Daher werden schon in der Gründungsphase der DGB und die IG Metall, die Arbeitsverwaltung, Vertreter der Wirtschaft, der evangelischen und der katholischen Kirche sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete gewonnen, um die Arbeit zu unterstützen. Auf der ersten Mitgliederversammlung am 16.9.1983 wird eine Satzung verabschiedet, in der der Vereinszweck wie folgt beschrieben wird:

Die Aufgaben des Vereins sind:

a) Schaffung einer Einrichtung zur Beratung und Begleitung von Arbeitslosen;

b) Schaffung von Kontaktmöglichkeiten für Arbeitslose untereinander sowie zu Arbeitnehmern und ihre Organisationen;

c) Schaffung von Ansatzpunkten, wie Arbeitslose aus ihrer Isolation herauskommen und in ihrer Aktivität unterstützt werden können;

d) Entwicklung von gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Initiativen gegen Arbeitslosigkeit.

Zum ersten Vorsitzenden wird der Sozialreferent der Vereinigten Kirchenkreise Rolf Scheer gewählt. Der Verfasser wird zu einem der Rechnungsprüfer bestellt. Insgesamt zählen zum Verein 42 Einzelmitglieder, 14 Einzelmitglieder im Auftrag von Institutionen sowie 19 juristische Personen aus dem oben genannten kirchlichen und gesellschaftlichen Bereich.

Mit Hilfe der Stadt Dortmund wird für die laufende Arbeit des Zentrums ein Ladenlokal mit einer Fläche von 233 qm in der Leopoldstraße 16-20 im Bereich der nördlichen Innenstadt in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs angemietet. Die Umbaukosten betragen 60.000 DM und die Betriebskosten für das Jahr 1984 73.000 DM, die jeweils durch einen städtischen Zuschuß, Einzelspenden und Mitteln aus kirchlichen Spendenfonds aufgebracht werden.

Als hauptamtliche Mitarbeiter arbeiten zunächst: zwei pädagogische Fachkräfte, eine Verwaltungskraft und ein technischer Mitarbeiter, deren Personalkosten über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Arbeitsamtes abgedeckt werden.

Es wird ein sehr umfangreiches Beratungs- und Gruppenangebot aufgebaut, das sowohl die Möglichkeit der Einzelberatung als auch der gruppenbezogenen Fachberatung enthält. Letztere wird einmal wöchentlich durch das Sozialamt, das Arbeitsamt, die Volkshochschule, die Renten- und Krankenversicherung, den DGB und die Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle der Vereinigten Kirchenkreise unterstützt.

Die Gruppenangebote des Zentrums erstrecken sich auf einen Redaktionskreis für die „Arbeitslosenzeitung“; Freizeitangebote, Nachhilfe für lernende Arbeitslose, offenen Gesprächsgruppen, Photo- und Werkgruppen, politische Bildungsarbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Das Arbeitslosenzentrum wird im Laufe der Zeit zu einer allgemein anerkannt wichtigen Institution des gesellschaftspolitischen Spektrums innerhalb der Stadt Dortmund und vor allem zu einem wichtigen



Kirche und Arbeitslosigkeit

Anlaufpunkt für zahlreiche Betroffene. Im achten Erfahrungsbericht berichten die MitarbeiterInnen unter dem 20. April 1989, daß die Rechtshilfe monatlich von 160 - 200 Personen und die Gruppen- und Programmaktivitäten von ca. 800 Personen wahrgenommen werden.

Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit werden zwei Ziele formuliert:

„- die Öffentlichkeit über das zugemutete und verwaltete Leben von Menschen in der Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe aufzuklären und zwar im Kontext von Forderungskatalogen, Perspektiven des Handelns und der Politik;

- Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger über soziale Rechte aufzuklären, Mut zu machen, demoralisierenden Erlebnissen, aller Scham und Furcht zum Trotz, soziale Rechte wahrzunehmen.“ (Archiv Arbeitslosenzentrum.)

Mit der ca. vierteljährlich erscheinenden Arbeitslosenzentrumzeitung verschafft sich das Zentrum ein weit beachtetes Medium, in dem die Mißstände des zunehmenden Sozialabbaus immer wieder dargestellt werden. Durch kirchliche und gewerkschaftliche Kontakte sowie durch Verbindungen über die Städtepartnerschaften werden Beziehungen zu Arbeitslosenzentren in anderen europäischen Ländern geknüpft und gegenseitige Besuche und internationale Foren organisiert.

Neben den Erfolgen der Arbeit wird jedoch zunehmend deutlich, welche Grenzen einer solchen Arbeit gesetzt sind. In seinem Vorstandsbericht für den 20. April 1989 formuliert der neue Vorsitzende Pfarrer Dieter Kock:

„Langzeitarbeitslosigkeit - das ist eine zerstörerische und kaputtmachende Steigerung der Arbeitslosigkeit. Im Vorstand des Arbeitslosenzentrums haben wir versucht, auf diese Herausforderung zu reagieren. Zu allererst sind wir uns dabei unserer Ohnmacht bewußt geworden, denn die einzig wirkliche Hilfe für Langzeitarbeitslose ist Beschäftigung und die können wir zunächst aus eigener Kraft nicht schaffen. Wir sind angewiesen darauf, daß immer mehr Gruppen unserer Gesellschaft diese Herausforderung miterkennen und die Hilfe für Langzeitarbeitslose als Gemeinschaftsaufgabe akzeptieren.“(Ebda.)

Er verweist ferner auf zunehmende finanzielle Probleme des Zentrums durch rückläufiges Spendenaufkommen und durch rückläufige Mitgliederbeiträge. Demgegenüber stehe die Notwendigkeit, sich ver-

mehrt mit den Fragen der wachsenden Armut in der Stadt auseinanderzusetzen.

Die Arbeit in den folgenden Jahren ist geprägt von der stets steigenden Nachfrage nach Beratung und Begleitung von Arbeitslosen einerseits und der Sorge um die finanzielle Basis des Zentrums andererseits. Immer wieder müssen alle Fördermöglichkeiten durch Mittel des Landes NRW, über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder städtische Zuschüsse ausgeschöpft werden, um vor allem die Personalkosten zu decken. Die evangelische Kirche unterstützt das Zentrum durch regelmäßige Zuschüsse, Kollekten und Spenden verschiedener Gemeinden und durch die Bereitstellung von Arbeitskraft aus dem Bereich des Referates für gesellschaftliche Verantwortung der Vereinigten Kirchenkreise.

Im Mai 1996 muß das Arbeitslosenzentrum Dortmund vorübergehend Räume am Rheinlanddamm 119 beziehen, da die bisherigen Räume nach einem Umbau vom städtischen Sozialdienst genutzt werden sollen. In ihrem Arbeitsbericht im Dezember 1996 berichten die Mitarbeiterinnen auf dem Hintergrund von nunmehr 48.573 Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Dortmund von immer größeren Anforderungen:

„Die Nachfrage in der Beratung ist sehr hoch, der Umfang der Fragen wird größer, die Gesetze verkomplizieren sich (Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz), die telefonischen Anfragen haben sich erheblich vermehrt (fast täglich 10 - 20) auch aus den umliegenden Städten.“ (Seite 1; Archiv Arbeitslosenzentrum.)

Wenig später heißt es in bezug auf die betroffenen Menschen:

„Die Verwaltung ihres Lebens durch Ämter ist für die meisten Menschen fast unerträglich. Sich gegen schikanöses und unverschämtes Verhalten und Vorgehen von Sachbearbeitern zu wehren, erfordert eine Menge Mut und Kraft. Die Menschen suchen nach individuellen Lösungen, um die erdrückende Arbeitslosigkeit hinter sich zu lassen, etwas Neues beginnen zu können. Doch - wer gibt ihnen eine Chance?“ (Seite 2;Ebda.)

So führt das Arbeitslosenzentrum mit der derzeitigen Vorsitzenden Renate Chelminiecki die Arbeit fort. Es ist an der Durchführung der Dortmunder Armutskonferenz federführend beteiligt und weist immer wieder auf die bedrückende Lebenssituation von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern hin. Für Ende 1997 ist die Rückkehr in einen Teil der Räu-



me an der Leopoldstraße geplant. Dies ist mit vier MitarbeiterInnen geplant, von denen nur eine mit einer Vollzeitbeschäftigung angestellt ist.

Momentaufnahme 1997

Nunmehr bald zwanzig Jahre der Erfahrung mit kirchlicher Arbeitslosenarbeit zeigen sehr deutlich die Möglichkeiten als auch die Grenzen dieses Engagements. Innerkirchlich ist sie zu einem festen Bestandteil der sozial - diakonischen Arbeit geworden. Die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche auf diesem Gebiet ist allgemein unbestritten.

Zahlreiche Einzelpersonen haben in Gruppen und Beratungsstellen Rat und Hilfe erfahren. Andere haben durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, bei denen sich eine kirchliche Trägerschaft organisieren ließ, oder durch das fünfjährige Initiativprogramm der Evangelischen Kirche von Westfalen einen -wenn auch befristeten- Arbeitsplatz gefunden. Die relativ große Finanzkraft durch steigendes Kirchensteueraufkommen in den achtziger und anfangs der neunziger Jahre gaben den Kirchenkreisen und der Landeskirche die Möglichkeit, Arbeitslosenzentren oder Beratungsstellen mitzufinanzieren.

Die Massenarbeitslosigkeit ist in diesem Zeitraum jedoch stark gestiegen. Faktoren wie weltweite Wanderbewegungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, durch Flüchtlingsströme oder wirtschaftliche Entwicklungen nach der Wiedervereinigung Deutschlands und durch die zunehmende Globalisierung sind durch die Kirche nicht zu beeinflussen. Die Frage des gesellschaftlichen Gewichtes der zahllosen Worte kirchlicher Gremien hinsichtlich der Grenzen und der sozialen Verantwortung der Marktwirtschaft und der Notwendigkeit des Teilens von Arbeit und Einkommen mag unterschiedlich beantwortet werden. Unbestritten ist jedoch die Tatsache, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutsch-

land im Vergleich zu anderen Industrienationen bezüglich der Arbeitslosenquote und vor allem der Teilzeitarbeit eher schlechter als besser zu bewerten ist.

Während im staatlichen Bereich das Steueraufkommen durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit stark sinkt, werden diese verminderten Steuereinnahmen im kirchlichen Sektor durch Kirchenaustritte und Mitgliederschwund noch verstärkt. Hatten die Vereinigten Kirchenkreise zum Beispiel im Jahre 1981 noch 366.000 Mitglieder, so sind es 1997 noch knapp 280.000. Rein rechnerisch ist derzeit von einer Minderung der Gemeindegliederzahlen von ca. 15% in einem Jahrzehnt auszugehen. Entsprechend nehmen die Finanzkraft und das gesellschaftliche Gewicht ab.

Im Rahmen der allgemeinen Sparmaßnahmen und Neustrukturierungen haben die Arbeitsloseninitiativen und Beratungsstellen erhebliche Einbußen erlitten. Es ist zu befürchten, daß die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche in Zukunft in noch verringertem Maße durch hauptamtliche MitarbeiterInnen wird wahrgenommen werden können.

Die Kirche in Dortmund und im Ruhrgebiet steht also vor dem Dilemma knapper werdender Möglichkeiten und größer werdender Herausforderungen, da Arbeitslosigkeit heute mehr als vor zwanzig Jahren auch Armut, soziale Verelendung und immer häufiger auch Wohnungslosigkeit bedeutet.

Ökumenische und zum größten Teil durch ehrenamtliche Arbeit getragene Initiativen wie die Suppenküche Kana oder der Frühstückstreff für Wohnungslose „Gasthaus“ versuchen, in Dortmund angesichts dieser Entwicklungen auch weiterhin sozial - diakonische Verantwortung zu leben. Inwieweit dies den Problemen gerecht wird, oder die gesellschaftliche und kirchliche Entwicklung zukünftig positiv beeinflusst, kann vom heutigen Standpunkt her noch nicht beurteilt werden.

Ubbo de Boer

